

Antrag der Fraktion der CDU**Prävention und Deradikalisierung in Bremen neu konzipieren!**

Das Phänomen der Radikalisierung im Bereich des islamistischen Extremismus wird häufig publiziert und in der medialen Öffentlichkeit diskutiert. Die Priorität liegt darin, Ursachen und Radikalisierungsabläufe in seiner Gesamtheit zu erfassen sowie effektive Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Wenig Beachtung finden dagegen Vorgänge rund um den Ausstieg aus islamistischen Gruppierungen.

In Anbetracht der Tatsache, dass der islamistische Terrorismus im Zeitalter der Globalisierung über alle Grenzen agiert und organisiert ist, nutzt er insbesondere auch die neuen Medien um Mitglieder zu rekrutieren. Während in der öffentlichen Diskussion heute teilweise immer noch die Ansicht vertreten wird, dass Terroristen im Allgemeinen und islamistische Extremisten im Speziellen, in der Regel ökonomisch benachteiligte, ungebildete, religiös „verblendete“, irrational handelnde und von bestimmten psychologischen Pathologien geprägte Individuen seien, kommt die wissenschaftliche Terrorismusliteratur zu anderen Schlüssen. Viel wichtiger scheinen vorherrschende politische Bedingungen in den Gesellschaften, sowie Gefühle der Frustration, Unterdrückung und Demütigung zu sein. Terroristen stammen aus allen sozialen Schichten der Gesellschaft und weisen demzufolge eine große Heterogenität hinsichtlich ihrer sozialen und ökonomischen Hintergründe auf. Die immanente Ideologie spricht überwiegend junge Menschen auf der ganzen Welt an. Dabei ist in den letzten Jahren auch ein starker Anstieg von Konversionen zu einem radikalen salafistischen Islam in westlichen Gesellschaften zu beobachten.

Aus den Antworten zu der Kleinen Anfrage der CDU (Drs. 19/1447) wird deutlich, dass es bisher kaum wirksame Konzepte zur Deradikalisierung im Land Bremen gibt. Auf viele Fragen wird überhaupt nicht geantwortet oder auf ein künftiges Kompetenzzentrum (KODEX) verwiesen, das bisher noch nicht einmal eingerichtet ist, geschweige denn seine Arbeit aufgenommen hat, aber bereits als Allheilmittel angepriesen wird. Als weiteres Erfolgskonzept wird die Einrichtung „kitab“ genannt, wobei jedoch spätestens nach der Anfrage der CDU deutlich wird, dass diese Stelle kaum noch handlungsfähig ist. Mit 17 Arbeitsstunden die Woche und eine mittlerweile über ein Jahr andauernden Anzeige von langen Wartezeiten auf der Homepage, wird klar, dass diese Einrichtung im Land Bremen kaum bahnbrechende Erfolge für die Deradikalisierung verzeichnen wird. Außerdem scheint es fraglich, ob die neu zu schaffenden drei Stellen 2018 besetzt werden können, wo es dem Senat im gesamten Jahr 2017 nicht gelungen ist eine einzige Stelle zu besetzen.

Hinsichtlich der Frage zu den bisherigen Ausgaben in dem Bereich Deradikalisierung wird keine Antwort gegeben und auch für die Zukunft werden finanzielle Mittel für Deradikalisierungsprogramme nur spartanisch eingesetzt und hauptsächlich vom Bund finanziert. Der Senat hat keine Erkenntnisse zu Anwerbestrukturen von Salafisten in Schulen oder in Moscheen und weist in seiner Antwort lediglich darauf hin, dass die Moschee als Ort zur Kontaktherstellung dient, zieht daraus jedoch keine Konsequenzen. Selbst wenn es so sein sollte, dass in der Moschee keine direkten Radikalisierungsvorgänge stattfinden, könnten dort jedoch die Grundsteine für einen späteren

Übergang zum Islamismus gelegt werden. Auch hinsichtlich des Auffangens und der Betreuung von Rückkehrern zeigt der Senat nur wenig Enthusiasmus und verweist vielmehr auch in diesem Spektrum auf das, irgendwann in der Zukunft entstehende, Kompetenzzentrum „KODEX“, welches diese Gruppe betreuen soll. Gerade in diesem Bereich wird jedoch in Zukunft aufgrund der militärischen Rückschläge des Islamischen Staates (IS) die Zahl der Dschihad-Rückkehrer nach Deutschland und insbesondere nach Bremen als Salafistenhochburg zunehmen und ein wirkungsvolles Konzept unerlässlich machen.

Zudem wird aus der Antwort des Senats deutlich, dass sich mit digitalen Medien gar nicht auseinandergesetzt wird und keine Versuche unternommen werden dieses Medium für die Deradikalisierungsstrategien zu nutzen, obwohl offenkundig ist, dass viele Radikalisierungen durch das Internet und dort gezeigte Propagandafilme stattfinden.

Es gilt daher dringend vorzubeugen, dass mögliche Radikalisierungen frühzeitig erkannt werden und bereits bei der Entstehung mit geeigneten Programmen entgegenzuwirken.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein neues Konzept zur Deradikalisierung zu entwickeln und der Bürgerschaft (Landtag) zeitnah vorzulegen,
2. bestehende Projekte zur Prävention und Deradikalisierung im Spektrum des gewaltbereiten Islamismus auszubauen und personell zu verstärken,
3. die Aufklärungsarbeit in Schulen, Flüchtlingseinrichtungen, Moscheen und Justizvollzugsanstalten zu intensivieren und zuständige Mitarbeiter in diesem Bereich umfassend zu schulen und
4. eine Strategie zur Abwehr der Anwerbungsversuche in den sozialen Netzwerken zu erarbeiten und diese in bestehende bzw. neue Deradikalisierungskonzepte einzubauen.

Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion
der CDU